

Die „Vorwärts“...
Verantwortlicher: Hans Nordens 2195 und 2196.

Verantwortlicher: Hans Nordens 2195 und 2196.
Erscheinungsort: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

„Vorwärts“

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Aus der Dunkelkammer der Reaktion.

Die Militärkamarilla.

Seit einigen Tagen tut der „Vorwärts“ so, als ob er endlich einsehen würde, daß die Gefahr für die Revolution von rechts zu erwarten ist. Auch die rechtssozialistischen Führer suchen der wachsenden Erregung ihrer Anhänger gegen ihre Politik dadurch zu begegnen, daß sie in den letzten Tagen energische Töne gegen die Reaktion anschlagen. Aber mit Recht hebt die reaktionäre Presse hervor, daß es sich hier nur um Theaterdonner handelt. Man braucht radikale Töne, um die Abwanderung der eigenen Anhänger in das Lager der Unabhängigen aufzuhalten.

Wie wenig ernsthaft die Bekämpfung der Reaktion dem „Vorwärts“ und den Führern der Rechtssozialisten ist, zeigt ja vor allem die Tatsache, daß sie immer noch nicht daran denken, den Belagerer zu assuieren und aufzuheben. Der Berlin der Militärkamarilla ausliefert. Unter der stillschweigenden Billigung der Regierung, ja sogar auf ihre Anordnung hin wird das Bürgerium weiter bewaffnet und jetzt, wie wir am Mittwoch mitteilten, auch die Bewaffnung der Karatier mit Hilfe der Garde-Kavallerie-Schützen-Division und der unersichtlichen Landräte durchgeführt. Mit seinem Wort erwähnt der „Vorwärts“ diese uniere Entschlüsse. Auch die übrige Presse schweigt. Nur die „Berliner Volkszeitung“ gibt ihren Vorwarnung von der Tatsache Kenntnis und unterstreicht unsere Vorwarnung, daß hier eine neue Aktion der Militärkamarilla vorliegt.

In der Abendausgabe vom Donnerstag bringt der „Vorwärts“ wieder einen Artikel gegen die Reaktion. In diesem Artikel heißt es:

Wenn heute noch in breiten Volksmassen ein dunkler Haß gärt, der irgendwie einen Ausweg sucht und sich mitunter an nächstliegenden ungelegenen Objekten entlädt, so tragen sie die Schuld daran, denn sie und ihre hochseligen Herren Vorgesetzten haben diesen Haß jahrhundertlang gezüchtet. Und wenn sie sich einbilden, sie hätten der Regierung irgendwie geholfen, so täuschen sie sich, denn sie haben nie wirklich der republikanischen Regierung geholfen und können ihr nur Väterdienste leisten.

So richtig die Behauptung ist, daß die Reaktionäre nie Ehrlich der Republikanischen Regierung gedient haben und ihr nur Väterdienste leisten können, so bezeichnend ist die Tatsache, daß der „Vorwärts“ in der gleichen Nummer auf der dritten Seite ohne ein Wort der Kritik die Tatsache mitteilt, daß Herr Schöpslin, der nun endlich mit einem Posten Bedacht, in Gemeinschaft mit Roske der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Genehmigung erteilt hat, eine organisierte Streikbrecherbande zu bilden. Denn auf nichts anderes läuft es hinaus, wenn dieser Offizierskamarilla das Recht gegeben wird, eine Organisation durchzuführen, um im Falle eines „gewerkschaftlich nicht genehmigten Streiks“ in den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken Streikbrecher zu entsenden.

Noch immer leben die rechtssozialistischen Führer in ihrem bornierten Haß gegen die Forderungen der Arbeiter nicht, daß ihre stärkste Stütze, die Garde-Kavallerie-Schützen-Division, zu einer Nebenregierung geworden ist, die die wirkliche Macht in Händen hat. Während die Regierung redet, wird von diesen Herren gehandelt. Mit Hilfe der Mittel, die ihnen von der Regierung und auch in sehr reichem Maße von den Kapitalisten ausfließen, haben sie einen großen Apparat geschaffen, mit dem sie ihre Herrschaft befestigen wollen. Alles, was sich irgendwie im Deutschen Reich an gegenrevolutionären Bestrebungen zeigt, verdankt sein Entstehen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Sie organisiert Grenzsicherungs-Einwohnerwehr, Landwehr usw. Sie hält eigene Pressekonferenzen ab, hat einen Pressedienst geschaffen, mit dem sie die ganze Presse, einschließlich des „Vorwärts“, beeinflusst, und gibt jetzt sogar ein eigenes Organ heraus.

Das alles steht weder der „Vorwärts“, noch sehen es die rechtssozialistischen Führer. Sie haben diese Geister zum Sänfte gegen die Anführer der Arbeiter ausrufen und können sie nun nicht wieder loswerden. Das deutsche Volk ist der Militärkamarilla ausgeliefert, wenn es nicht sie und ihre Helfershelfer, die rechtssozialistischen Führer, beiseite schiebt.

Der Aufruf, den der Gouverneur von Berlin zur Bildung einer uniformierten Streikbrechergarde erlassen hat, lautet:

Der unabsehbaren Gefahren hat die Groß-Berliner Bevölkerung während der Tage des Generalstreiks gekannt, als gewissenlose Ganakker den Streik auch auf die Gas-, Wasser- und

Elektrizitätswerke ausdehnten. Das Leben von Säuglingen und Kranken, die Aufrechterhaltung der Hauswirtschaft, der Fortbetrieb der Wasserversorgung und Krankenanstalten war aufs äußerste gefährdet. Wenn auch durch die Einsicht der Arbeiter eines Teils dieser Werke und durch das hilfsbereite Einschreiten der technischen Abteilung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Berliner Bevölkerung vor dem äußersten bewahrt geblieben ist, so müssen schon jetzt alle Vorkehrungen getroffen werden, um der Wiederkehr einer solchen Gefahr zu begegnen.

Alle Arbeiter, Techniker oder Ingenieure, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen wollen, um die Kranken und Säuglinge sowie die eigene Familie vor den Gefahren zu bewahren, werden aufgerufen, sich als Zeitfreiwillige der technischen Abteilung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zur Verfügung zu stellen, um im Falle eines gemeinschaftlich nicht genehmigten wilden Streiks in den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken unter militärischem Schutz in den Stunden der Gefahr diese lebenswichtigen Betriebe aufrecht zu erhalten.

Die Meldestellen werden in den nächsten Tagen öffentlich bekanntgegeben werden.

Der Gouverneur von Groß-Berlin,
Schöpslin.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division hat die Errichtung von Werbebüros für uniformierte Streikbrecher von Roske bekommen. Der Berliner Streik wird natürlich nur als Vorwand benutzt. Tatsächlich sollte die Garde-Kavallerie-Schützen-Division schon vor dem Berliner Streik eine technische Abteilung gebildet, der die Aufgabe zugewiesen war, streikenden Arbeitern in den Rüden zu fallen. Diese Abteilung besteht gegenwärtig aus etwa 500 Mann. Man hofft, durch die öffentliche Werbung die Zahl auf 8000 zu erhöhen. Es wird sich bald zeigen, daß die neueste Garde des Herrn Roske noch andere Aufgaben zu erfüllen haben wird, als die Berliner Bevölkerung vor den Gefahren wilder Streiks in den öffentlichen Betrieben zu schützen.

Ein Detachementsbefehl.

Der günstige Märzwind blies uns folgendes Schriftstück auf den Redaktionstisch:

Charlottenburg, den 25. März 1919.

Detachementsbefehl.

1. Sämtliche Komp. und Abteilungen melden sofort, wieviel Abzüge und Zugänge noch und während der Sparsparatunruhen vorliegen.
2. Unif. Wien wird wegen Fahrlässigkeit und Feigheit sofort entlassen. W. ließ sich am 10. 3. 19 beim Lebensmittelpolizisten von den Sparsparatisten ein Lastauto mit Lebensmitteln abnehmen, ohne sich zur Wehr zu setzen.
3. Zum Unif. werden wegen Tapferkeit befördert: Grenadier Müller, Musketier Riemer, beide von der R.G.F.-Abteilung.
4. Zu Ehren des Hauptmanns Haupt wird ein Liebesmahl veranstaltet. Sämtliche Offiziere sind am 28. 3. im Kasino Bumbas, abends 8 Uhr, nachfolgende Offiziere werden durch älteste Unif. der Komp. ersetzt.
5. Der Gefreite Krug ist sofort zu verhaften und dem Kriegsgesichtsdienst vorzuführen. A. hat am 22. 12. 18 Waffen an Volkswaffen verkauft und ist außerdem mit 8 Wochen Gefängnis bestraft. Er hat seine Strafe sofort zu verbüßen und ist dann vom Freim.-Detachement Cven auszulassen.

Der Detachementsbefehl erlaubt mancherlei Einblicke in die militärische Maschinerie der Freiwilligenkorps. Am charakteristischsten ist Ziffer 4. Hauptmann Haupt, dem ein Liebesmahl gegeben wird, war einer der Hauptakteure in Lichtenberg. Hoffentlich ist es auch Herrn Roske möglich, an der Feiertagsfeier teilzunehmen.

Die französischen Arbeiter rühren sich.

Bern, 26. März. (W. T. S.)

Nach einer Pariser Meldung des „Progrès“ hat der Zentralrat der französischen Arbeiterverbände sich erneut mit der Forderung des Achtstundentages befaßt und sich einstimmig für eine industrielle Koalition erklärt, wie sie schon in England bei den Industriearbeitern organisiert ist. Sämtliche Vertreter erklärten, die französische Arbeiterbewegung müsse nach dem 1. Mai im Vollbesitz ihrer Kraft und Handlungsfreiheit sein. Die Abgeordneten der Eisenbahner drohten für den Fall der Nichterfüllung ihrer Forderungen mit dem Generalstreik.

Regierung und Gegenrevolution.

Die rechtssozialistischen Führer sind über die immer häufiger ihr Haupt erhebende Gegenrevolution recht ungehalten, und der „Vorwärts“ sucht nach kräftigen Tönen. Als wir rechtzeitig vor der heranziehenden Gefahr warnten und immer wieder darauf verwiesen, daß die Regierungspolitik diese Gefahren züchte und den reaktionären und gewalttätigsten Vertretern des alten Systems die Macht überliefern, wurden wir bekämpft und verhöhnt. Und doch ist es die Regierung selbst gewesen, die in unglaublicher Kurzsichtigkeit und Verblendung es dahin gebracht hat, daß die Reaktion tatsächlich über bedeutende Machtmittel verfügt, während die Revolution entwaffnet ist.

Wie systematisch die Regierung in dieser Hinsicht gearbeitet hat, dafür zeugt das von uns bereits erwähnte Dokument, das wir hier im Wortlaut folgen lassen:

Berlin, den 27. Februar 1919.

Parteiloser Selbstschutz aller Staatsangehörigen gegen den Kommunismus.

Die bevorstehende allgemeine französische Revolution des kommunistischen Teiles des Proletariats, deren Gesamterfolg den Sieg des Kommunismus in Deutschland bedeuten wird. Der Kommunismus wird nicht ein kurzes Durchgangsstadium bilden, sondern durch seine Verwachsung mit Kapitalismus und seine europäische Ausbreitungstendenz bis auf weiteres zum Dauerzustand nach russischem Muster werden.

Die Zeit zur Verhinderung dieser Entwicklung ist kurz, vielleicht auf wenige Tage beschränkt. Kein einziger Tag ist zu verlieren, um folgendes durchzuführen:

Jeder geeignete deutsche Staatsangehörige läßt sich von seinem örtlichen Magistrat in die Listen des parteilosen Selbstschutzes eintragen und erhält Anweisung, wohin er sich im Alarmfall zu begeben hat. Die Bewaffnung wird vom Magistrat gemeinsam mit den Regierungsbehörden und Regierungstruppen vorbereitet und im Alarmfall auf den Sammelplätzen durchgeführt. (Keine Waffen nach Hause mitnehmen. Sparsparat würde sie „auflesen“.) Zahlreiche Frauen sind im inneren Dienst verwendbar. Die Beschäftigung der öffentlichen Gebäude und der Straßendienst sind planmäßig ausgearbeitet, bereit, daß binnen weniger Stunden im Alarmfall alles fertig ist. Gewinnt Sparsparat einen Vorsprung, so ist planmäßig das Gewonnene durch Gewalt wieder abzunehmen. Die Leitung liegt in militärischer, regierungstreuer Hand. Die Schaffung einer Schutzwehr von wenigen Prozenten der Bürgerkraft genügt nicht, sondern die Gesamtheit muß eintreten. Nur so bleibt die zahlenmäßige Überlegenheit sichergestellt und wird das moralische Übergewicht festgehalten oder zurückgewonnen. Der Bürgerstreik ist überall vorzubereiten und nötigenfalls bis zum äußersten durchzuführen.

Es muß Klarheit herrschen, daß die Entwicklung zu weit gediehen ist, als daß schwere blutige Kämpfe noch vermieden werden könnten. Es gilt, den ausbrechenden Bürgerkrieg durch Energie und Opferbereitschaft schnell zu beenden. Selbstliches Zurückweichen einzelner untergräbt das Gelingen des Ganzen, macht die Rettung zu nichte und führt den Kommunismus automatisch durch Teilerfolge zum vollen Sieg. In den bevorstehenden Kämpfen wird der Mutigere den Feigteren überwinden. Wer sich drückt, wo die Angeln pfeifen, richtet sich und die Gesamtheit zugrunde.

Nur der taktische Erfolg in schweren Gefechten kann noch in ausdauerndem Zusammenhalten die Lage retten. Opfer an Toten sind unvermeidlich. Der Wille zur Rettung muß rücksichtslos sein.

Zur Einleitung der Organisation des parteilosen revolutionären Selbstschutzes ist bei den jetzigen Verhältnissen die Regierung wenig geeignet, weil sie durch Rücksicht auf das nichtkommunistische Proletariat und auf die Entente gebunden ist. Vielmehr kommen heute nur die Zentralvorstände der großen Parteien in Frage. Die Reichsparteien haben in den großen Städten zu wenig Anhänger und würden die gesamte nichtkommunistische Arbeiterschaft und Handwerkererschaft abstoßen. Das Zentrum ist territorial zu uneinheitlich. Die Reichsparteien müssen parteitaktisch Rücksicht nehmen. Alle diese Parteien sind jedoch zur Mitwirkung in vollem Maße geeignet. Die erste Voraussetzung wird jedoch am praktischsten von der demokratischen Partei ausgehen, die sowohl auf die Regierung als auch auf die anderen Parteien unter Zurücksetzung aller kleinlichen parteipolitischen Bedenken umgehend heranzutreten hat. Die zentralen Parteivorstände weisen ihre sämtlichen örtlichen Organisa-

Kronen zur sofortigen Durchführung des Plans an. Die Zusammenarbeit der Parteien kann je nach den beläglichen Verhältnissen ganz verschieden sein. Die demokratische Partei beschränkt sich auf die erste Anregung und die Anweisung ihrer Organisationen, ihrerseits die erste Anregung und Einleitung vorzunehmen. Von da ab ist die ganze Schutzorganisation völlig parteilos, nur auf die Rettung des Staates gerichtet.

Die Regierung ist darauf hinzuweisen, daß die Verhängung des Belagerungszustandes örtlich oder provinziell nicht zu spät erfolgt.

Ausdrücklich ist zu betonen, daß es sich um eine reine Defensivorganisation handelt. Monarchistische Bestrebungen müssen bei den Freiwilligenkorps von vornherein völlig ausgeschlossen sein.

Unterlassung oder Säubern sind heute unverantwortlich. Die Sache ist einfach, selbstverständlich und unmittelbar dringend. In der ersten Märzwoche kann und muß alles fertig sein! Sofort anfangen!

gez. Guido Knorzner,
Hauptmann zur Zeit bei der Kommission zur Feststellung von Rechtsverletzungen (Auswärtiges Amt), Unter Linden 46.
Kriegsministerium Berlin W 60, den 17. März 19.
Nr. 5020. 8. 10. AM Leipzigstr. 5.

Abdruck zur Kenntnis.
Der Kriegsminister. Der Unterstaatssekretär.
gez. Reinhardt. gez. Göhre.

Das ist wohl das Tollste, was geleistet werden konnte. Hier wird ganz systematisch der Bürgerkrieg organisiert. Die Bourgeoisie wird zu den Waffen gerufen, der Bürgerstreik organisiert und seine Durchführung bis zum äußersten empfohlen!

Die Regierung bleibt im Hintergrund. Offenes Vorgehen ist aus Rücksicht auf die Arbeiterschaft und — die Entente nicht empfehlenswert; auch die Mehrheitssozialisten sind nur für die Mitwirkung, nicht zur Initiative brauchbar. So überläßt man denn die Anregung den Demokraten!

Kaiserlich ist das Ganze parteilos, nur gegen die Kommunisten gerichtet, monarchistische Bestrebungen ausgeschlossen. Als würden sich die reaktionären Führer und Organisatoren darum kümmern!

Ein Hauptmann aus dem Auswärtigen Amt macht diesen Vorschlag, und der Kriegsminister und sein sozialistischer Unterstaatssekretär billigt ihn! Dabei ist das ganze so heimlich und hinterlistig, zengt von einem solchen Tiefstand der Seele, die sich solcher Mittel bedienen und das für Politik halten, daß man wirklich bestürzt ist. Bestürzt über das Unglück eines Volkes, das eine solche Regierung ertragen muß, die in Verschwörerweise gegen das eigene Volk konspiriert, die nicht begreift, daß Offenheit und Ehrlichkeit auch für eine Regierung unbedingte Voraussetzung bildet, sondern sich einbildet, mit Lüge und Gewalt sich an der Macht erhalten zu können.

Wundert sich der „Vorwärts“ jetzt noch immer über den Uebermut der Rechten? Oder glaubt er, daß ein Göhre und Reinhardt Figuren sind, die in dieser Regierung nicht fehlen dürfen, weil sie sich so trefflich in den Rahmen dieser ganzen Politik einfügen?

Das Signal der Gegenrevolution.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ des Herrn Seilmann schreibt unter diesem bezeichnenden Titel über das provokatorische Auftreten des Herrn von Kardorff in der Preussischen Nationalversammlung:

Es war der Redner der Deutschnationalen, der Landrat v. Kardorff, der die Mitte des Hauses so ungeheuerlich provoziert hatte. Er nannte die Revolution das größte Verbrechen am deutschen Volk, beschimpfte die Arbeiter- und Soldatenräte ganz allgemein als Revolutionskinder, welche das von ihnen angeblieh veruntreute Geld in den Taschen der sozialdemokratischen Agitatoren wiederfinden und nach der Regierung Restlosigkeits und Unwissenheit vor. Der Ministerpräsident Hirsch gestellte diese Angelegenheiten als das Signal zur Gegenrevolution, und der Finanzminister Dr. Südekum bedachte Herrn v. Kardorff scharflich zu, indem er in detaillierten Angaben die Sauberkeit der A- und S.-Kasse und das Verbrechen der seligen Offiziere darlegte, die in den ersten Novembertagen wie die Schafe aus Mark und Pfennig beorgelohnten sind und Milliarden Volksgut in sich gefassten haben. Wenigstens einen Teil davon haben die A- und S.-Kasse dem Reiche gestreut.

Herr Seilmann muß denn doch daran erinnert werden, daß es rechtssozialistische Journalisten waren, die zuerst den Schwindel über die Geldwirtschaft der A- und S.-Kasse in die Welt setzten. Die Sozialistische Korrespondenz berechnete in lügenhafter Weise und zum Gaudium aller Reaktionen die Kosten der A- und S.-Kasse schon in den ersten 14 Tagen der Revolution auf 800 Millionen Mark. Der „Vorwärts“ erdreistete sich sogar die Behauptung, es sei nur der persönliche Vorteil, der die A- und S.-Kasse veranlasse, auf ihren Posten zu verharren und nicht dafür eine Dörfler seiner eigenen Gewissen einzusetzen. Wenn sich jetzt die Anschauung der Rechtssozialisten über die Notwendigkeit der A- und S.-Kasse geändert hat, so muß festgestellt werden, daß sich dieser Wandel nicht in der eigenen Brust vollzogen sondern daß die Herren zu einer Revidierung ihrer Ansicht durch den immer stärker werdenden Druck ihrer eigenen Anhänger gezwungen worden sind. Durch ihre verräterische Haltung haben sie das Treiben der Gegenrevolutionäre geradezu herausbeschworen; sie haben ihnen das erschwindelte Material zu ihrem verwerflichen Vorgehen geliefert.

Ermordet und beraubt.

Frau Dänisch, deren beide Ernährer Paul und Alfred von Regierungstruppen ermordet worden sind, hat jetzt nähere Einzelheiten über die Ermordung erfahren. Der Befehl dazu ist von einem Leutnant Ramens Winter gegeben worden. Die Feuerwehr holte die beiden Toten aus der Handwerkerstraße in der Androsstraße ab. Die dort anwesenden Soldaten gehörten zum Artillerie-Regiment 24. Die Toten waren sämtliche Wertgegenstände und Papiere abgenommen worden. Auch die Schuhe hatte man ihnen geraubt. Um diese Leichenschändung zu verhindern, hatten die Regierungstruppen dem Älteren Dänisch ein paar Nachdeckerschuhe ausgezogen.

Leutnant Winter, der Mörder zweier unschuldiger Menschen, muß sofort verhaftet werden. Ebenso verlangen wir, daß diejenigen, die die Leichen beraubt haben, strenglich verfolgt werden. Wenn sich die Regierung nicht länger mit dem Wusel behagen will, derartige Untaten zu dulden, dann muß sie schleunigst dafür sorgen, daß die Verbrecher endlich hinter Schloß und Riegel gesetzt werden.

Aus der preussischen Landesversammlung.

Die zweite Serie der Redner, die gestern in der Landesversammlung zu Worte kam, brachte keine Ueberraschungen. Der Abgeordnete Dr. Richter von der Deutschen Volkspartei setzte sich mit der sonderbaren Koalition auseinander, welche zu der jetzigen Kabinettsbildung geführt hat, und glossierte diese Mißgeburt, indem er auf die inneren Gegensätze dieser Koalition hinwies. Die Regierung sei wohl liberal, aber nicht demokratisch. Die Regierung müsse Rücksicht auf die Unabhängigen nehmen und ihnen Rechnung tragen. Auch Herr Schrad. Vielesfeld von den Mehrheitssozialisten brachte sein Unbehagen über die Kritik über das unnatürliche Bündnis der Sozialdemokraten mit dem Zentrum zum Ausdruck. Dem Zentrum gegenüber machte er Vorbeugungen, seine Partei stehe auf dem Boden der vollen Glaubensfreiheit. Die Religion werde auch in Zukunft noch eine hohe Bedeutung haben. Schrad verlangte klare Politik, als ob seiner Partei das überhaupt möglich sei. Den Arbeiterräten, deren Entwicklung noch nicht abgeschlossen sei, dürften Rechte nicht vorenthalten werden. Durch Demokratie zum Sozialismus! sei die Parole.

Herr Schmieding vom Zentrum zweifelte stark an den Versicherungen Schrads über die Wahrung der Glaubensfreiheit. Die Volkspartei hör er wohl, allein ihm fehle der Glaube; das war wenig schmeichelhaft für die neue Koalition.

Abg. Hergt von der deutschnationalen Partei suchte seinen Freund v. Kardorff zu deden ob der Angriffe, die ihm seine provokatorische Rede eingetragen. In Südekum sieht er mit seinen Freunden den rechten Mann als Leiter der preussischen Finanzen. Ueber die Sicherung der Kriegsanleihen wünschte er eine Erklärung des Finanzministers.

Herr entgegnete der Minister Hirsch. Dann ging Südekum ausführlich auf die vom Abg. Hergt angeschnittenen Fragen der Finanz- und Steuerpolitik, der Sozialisierung und der Eisenbahnen ein. Wie nicht anders zu erwarten, ließ keine Rede jede Spur sozialistischer Anschauung vermissen. Nach seinen Worten ist einzig und allein die Hungerblutade schuld, daß Deutschland von festigen inneren Kämpfen zerrissen wird. Die sozialen Hintergründe dieser Kämpfe, den Klassenkampf sieht Herr Südekum nicht. Für ihn läuft auch die Sozialisierung nur auf eine „Durchstaatlichung der Wirtschaft“ hinaus. Es nahm deshalb auch nicht Wunder, daß Herr Südekum sich zum Schluß für die Inhaber der Kriegsanleihen ins Zeug legte und in heftiger Weise gegen unsere Partei polemisierte. Hieraus wurde die Debatte abgebrochen und auf Antrag unserer Fraktion einstimmig beschlossen, die Verlesung der in unglücklicher Geistesverfassung befindlichen Abg. Velleri (U. S. V.) zu fordern.

Die Aufwandsentschädigung des Reichspräsidenten.

Der „Vorwärts“ schreibt zu unserer kritischen Mitteilung über die Aufwandsentschädigung an den Reichspräsidenten:

Die „Freiheit“ hat die Frage aufgeworfen, ob neben dem monatlichen Aufwandsgehalt von 100 000 Mark an den Reichspräsidenten nicht ein beträchtliches Gehalt ausbezahlt wird. Dazu ist festzustellen, daß der Reichspräsident außer dem Aufwandsgehalt von 100 000 Mark keine anderen Bezüge hat, daß auch niemals andere Bezüge angefordert worden sind. Die 100 000 Mark sind dazu bestimmt, das gesamte Bureau des Präsidenten, einbezogen die Gehälter sämtlicher Beamten und des ganzen Personals zu bestreiten. Der Präsident hat von vornherein erklärt, daß er über die ihm zugedachten Aufwandsgehalt auf das genaueste Rechnung legen und einen sich ergebenden Ueberschuß zurückzahlen wird. Er will dergestalt das ihm gegebene Amt so verwalten, wie er es angelehrt hat. Im übrigen dürfte auf Antrag der mehrheitssozialistischen Fraktion eine nochmalige Prüfung des Vorschlags des Reichspräsidenten erfolgen. Es ist wahrscheinlich, daß hierbei die einzelnen Ausgabenposten fixiert werden und auch das persönliche Gehalt des Reichspräsidenten festgelegt wird. Auch diese Nachprüfung entspricht der Auffassung und dem Wunsch des Präsidenten.

Wie der letzte Absatz dieser Notiz zeigt, ist unsere Kritik an der Aufwandsentschädigung berechtigt gewesen. Wir verlangen deshalb, daß eine Scheidung der Kosten des Reichspräsidenten nach Gehalt und Aufwandsentschädigung erfolgt. Dadurch allein ist die Möglichkeit gegeben, den Eindruck zu verhindern, als ob mit der Stelle des Reichspräsidenten eine Sinekure geschaffen werden sollte.

Erregte Kammerdebatte in Frankreich.

Bei einer Aussprache über die Friedenspolitik kritisierte der Sozialist Maheras in sehr heftiger Weise die französische Politik gegen Rußland. Der Marischal Doh habe sich bemüht, Deutschland gegen Rußland zum Kriege zu treiben. Auch die russischen Kriegsanleihen in Deutschland werden auf Veranlassung von Doh nicht in die Heimat zurückgeführt. Trotzdem hätten die Bolschewiki eine große Armee von 550 000 Mann, die von keinem anderen geführt sei, als von dem General Fruslow. Er protestierte gegen die Tatsache, daß die französische Regierung einen Krieg gegen Rußland vorbereite, ohne daß die Kammer darum gefragt werde. Der Vorsitzende in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Douillon, erklärte, daß das Land von einer wachsenden Unruhe ergriffen werde, die sich verzele, je länger die Arbeiten der Friedenskonferenz sich hinziehen. Die Regierung habe in den Verhandlungen mit den Offizieren vollständig verlagert, und man verwendet nicht mehr Diplomaten zu den Verhandlungen, sondern ernenne einfach die Generale dazu. Der Redner lehnte in sehr scharfer Weise ab, dem Minister des Reichs das Vertrauen zu gewähren. In seiner, ständig durch Zwischeneinreden der Sozialisten unterbrochenen Aus-

wort erklärte sich, daß Frankreich nichts von der vom Clemenceau verfaßten Politik abgehen werde, den Bolschewismus zu bekämpfen. In Nordrußland sei bis auf das Gebiet von Archangelsk die Lage stationär. Dort hätten die Bolschewisten eine erfolgreiche Offensive unter deutscher Führung eingeleitet. In Sibirien festige sich die Lage der Milierten, in Südrussland hätten die Bolschewiki Cherson eingenommen. Die dort befindlichen Deutschen haben sich mit den neuen Herren verbrüder. Die Lage in Odesa sei schwierig. Es wurde daher der Oberbefehl über die Streitkräfte in Südrussland einem französischen General übertragen. In der Ukraine sei die Lage besonders unsicher. Die Bolschewisten haben Charkow eingenommen. Das Direktorium Petljura-Binskens mußte sich auflösen. Die Milierten verfügen in Südrussland über 650 000 Mann an Streitkräften.

Die Revolution in Ungarn.

Die Regelung des Wohnungswesens.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Budapest, 27. März.

Der Revolutionäre Regierende Rat hat in seiner Verordnung über die Enticung der Häuser angeordnet, daß alle Wohnhäuser und der dazu gehörende Boden Eigentum der Ungarischen Nationrepublik sind. Die Miete wird durch Hausverwalter und Mitglieder der Vertrauenskörperschaft der Hausbewohner einkassiert und an ein dazu bestimmtes Geldinstitut abgeliefert. Diejenigen, die bisher aus jenem Grunde keinen Mietzins bezahlten, weil das Haus, in dem sie wohnten, ihr Eigentum war, haben nunmehr Hausmiete zu bezahlen. Die notwendigen Herstellungsarbeiten in den Häusern und Wohnungen besorgen Bezirkswohnungskommissionen. Die Ausführung der Verordnung wird durch das Volkskommissariat für soziale Produktion überwacht.

Die Sozialisierung.

Budapest, 27. März.

Der Revolutionäre Regierende Rat erläßt eine Verordnung, der zufolge die Nationrepublik alle diejenigen Industriellen, Bergbau- und Verkehrsbetriebe, deren Arbeiterzahl am 22. März 1919 20 überschritt, unter Kontrolle der Arbeiterschaft und unter gesellshaftlicher Leitung stellt. Die damit übernommenen Betriebe werden durch vom Volkskommissariat für soziale Produktion ernannte Kommissare verwaltet. Entschieden zwischen dem Arbeiterrat des Betriebes und dem Produktionskommissar derselben in irgendeiner Frage eine Meinungsverschiedenheit, so hat der Arbeiterrat sich im Schlichterwege an das Volkskommissariat für soziale Produktion wenden, dessen Entscheidung bindend ist.

Das Recht auf Arbeit.

Budapest, 27. März.

Wie das Ungarische Korrespondenzbureau meldet, ist eine Verordnung über das Recht zur Arbeit und über den Arbeitszwang erlassen worden, die besagt: Nachdem der Proletariatstaat die Abschaffung des Privateigentums damit anfangt, daß er die den Rahmen des Kleinhandels überschreitenden Betriebe und die Wohnhäuser in öffentliches Eigentum übernimmt, hat im Proletariatstaat nur derjenige ein Recht zu leben, der entweder körperliche oder geistige Arbeit zur Aufrechterhaltung der Gesellschaft verrichtet. Die Nationrepublik ordnet daher den allgemeinen Arbeitszwang an und stellt demgegenüber das Recht auf Arbeit fest. Der Staat ist verpflichtet, alle jene zu erhalten, welche arbeitsunfähig sind, sowie jene, welche arbeiten wollen, wenn der Staat ihnen nicht Arbeit beschaffen kann.

Beschlagnahme der Goldmünzen.

Budapest, 27. März.

Wie das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet, ist eine Verordnung erlassen worden, wonach derjenige, der die in seinem Besitz befindlichen Goldmünzen und ausländischen Geldsorten binnen vierzehn Tagen nicht irgendeinem unter Kontrolle der revolutionären Regierung stehenden Geldinstitut übergibt, vor das Revolutionsgericht gestellt wird.

Ein Funkspruch Lenins.

Wien, 26. März.

Lenin hat an Bela Kun einen Funkspruch geschickt, in dem es heißt: Bitte mitzutheilen, welche realen Garantien Sie dafür haben, daß die neue ungarische Regierung wirklich kommunistisch, nicht nur einfach sozialistisch, das heißt sozialverträglich ist. Es ist ganz sicher, daß infolge der eigenartigen Verhältnisse die ungarische Revolution als bloße Nachahmung unserer russischen Politik in ihren Einzelheiten zu einem Fehler wird; vor diesem Fehler muß ich warnen.

Polenruhl.

Nach den „Pol. Post. Nachrichten“ vom 10. Januar 1919 hat der Bürgermeister Wlad in Lublin zu Protokoll gegeben, daß die Polen am 11. Januar d. J. bei der Besetzung der Stadt Lublin deutsche Frauen und Kinder in unheimlicher Weise niedergemacht hätten.

Die Nachricht ist vom „Vorwärts“ und anderen Zeitungen wiedergegeben worden.

Jetzt nehmen deutsche Bürger in Lublin in nachsichtiger Erörterung hierzu Stellung:

Der „Vorwärts“ und andere deutsche Zeitungen bringen die Nachricht, die Polen hätten nach der Eroberung unserer Stadt am 11. Januar d. J. deutsche Frauen und Kinder niedergemacht, wie der Bürgermeister Wlad zu Protokoll gegeben hat. Wir Endemittelkämpfer erklären unaufgefordert diese Aussage als eine Lüge.

Deppe, Veterinär-Rat, Prager, Post.
Wied, Bezirks-Kommissar.

Beilegung des monarchischen Plunders.

Wien, 27. März. Nach einer Notbureaumeldung bestimmt die Regierungsvorlage über das frühere Herrscherhaus die Aufhebung aller Herrscherrechte und sonstigen Vorrechte des Hauses Habsburg-Lothringen für immerwährende Zeiten und die Landesverweisung aller Mitglieder dieses Hauses und derjenigen von Bourbon-Parma. Die Republik Deutsch-Oesterreich ist Eigentümerin des in ihrem Gebiet befindlichen, beweglichen und unbeweglichen sowie des für das früher regierende Haus aber ein-

Zweiglied des selben gebundenen Vermögens, dessen Kleinheit sich für durch den Krieg gesundheitlich geschädigte oder ihres Ernährers beraubte Sozialbürger vermindert werden kann. Das freie und persönliche Privatvermögen des früheren Kaisers und der Mitglieder des kaiserlichen Hauses bleibt unangefastet.

Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Die Bergarbeiter im Ruhrkohlengebiet sind in eine neue Bewegung eingetreten. Sie wollen die Einführung der Sechshundertschicht durchsetzen. Eine ganz Anzahl Betriebe hat die Sechshundertschicht bereits eingeführt, andere Betriebe sind im Bergwerksbezirk Dortmund in den Streik eingetreten, um sie so zu erzwängen. Einige Streden in der Umgegend von Bochum und Witten sind infolge der Vorgänge in Witten in den Sympathiestreik eingetreten.

Die großen Bergarbeiterverbände sind gegen die Einführung der Sechshundertschicht. Sie stehen auf dem Standpunkt, diese Frage dürfe nicht national, sondern müsse international geregelt werden.

Gewerkschaftliches.

Die Ablegung von Gewerkschaftsbeamten.

In einer Generalversammlung des Metzlarbeiterverbandes in Bremen kam es bei Beratung des Antrages über die sofortige Ablegung der Angehörigen des Verbandes zu sehr scharfsinnigen Auseinandersetzungen. Die Ablegung der Beamten wurde mit großer Mehrheit beschlossen. In die provisorische Geschäftsleitung wurden gewählt: Müller (Kommunist) als 1. Bevollmächtigter Bögeding (Unabhängig) als 2. Bevollmächtigter und Opfermann (Kommunist) als Kassierer.

Charlottenburg. Die hiesige Gewerkschaftskommission hielt am 24. März ihre erste diesjährige Sitzung ab. Unterleitend warf der Chairman, Genosse Hering, einen Rückblick über die gewerkschaftliche Bewegung am Orte während der Dauer des Krieges. Jetzt heißt es, alles wieder aufbauen, was der Krieg innerhalb der einzelnen Organisationen zerstört hat. Ueber die aktuelle Frage des Wählerrechts äußert sich Redner dahingehend, daß man dem kranken Zug der neuen Zeit nicht in die Zeichen fallen dürfe. Eingehend auf die Frage der Eingemeindung Groß-Berlins sprach Genosse Hering seine Meinung dahin aus, daß die Bedeutung der hiesigen Gewerkschaftskommission dadurch vollständig überflüssig wird. — In einer längeren Debatte kritisierte Genosse Reichs den Streikverband und die Schärfe des Verfaltes der Generalversammlung und der Berliner Gewerkschaftskommission während der Kriegszeit. Das Vertrauen der Arbeiterschaft gegenüber solchen Gewerkschaftsführern schwinde im Hinblick noch auf den radikalen Gewaltstreik von Tag zu Tag. Genosse Krens wandte sich gegen die überspannte Zentralisation in der Eingemeindungsfrage und wünscht den Zustand zurück, wo die hiesige Gewerkschaftskommission noch selbständig war und sich nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Berliner Gewerkschaftskommission befand. Nachdem noch die Genossen Behrendt, Hugel, Krawohn, Kott und Kersch eine Schärferung der Verhältnisse innerhalb ihrer zu vertretenden Organisationen geübt hatten, wurde die Debatte mit dem Appell, daß unbedingt für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Ideen Sorge getragen werden muß, geschlossen. Ueber die Frage der Kriegsschädigtenfürsorge berichtete sodann Genosse Fleming und trat dabei für die Interessen dieser Bedauernswerten ein. Das Verhalten mancher Werke in dieser Sache wurde vom Genossen Hugel an der Hand von drastischen Beispielen mißbilligt. Hier mußte Wandel geschaffen werden. Als Kandidaten für den zeitlichen Kriegsschädigten-Ausschuß wurden die Genossen Richter, Behrendt und Hugel aufgestellt. Vom Genossen Vohl wurde noch die Volkshaushaltsfrage angedrungen. Sie findet ihre Erledigung dadurch, daß vom Genossen Hering erklärt wurde, daß in nächster Zeit eine Sitzung des Volksausschusses stattfinden wird, in der alle stehenden Fragen und Befürwörter erledigt werden sollen. Beschlossen wurde noch, in der nächsten Sitzung der Gewerkschaftskommission einen Vortrag des Genossen Holland (Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes) über das Wesen des Wählerrechts mit auf die Tagesordnung zu setzen. Entschuldig fehlten die Genossen Kersch und Krawohn. Die Adresse des Obmannes der Gewerkschaftskommission, Genosse Otto Fleming, ist jetzt: Pestalozzistraße 18, vorn 4 Treppen.

Nowawes. In einer am 24. März vom Gewerkschaftsrat der Arbeitervereine öffentlichen Gewerkschaftsversammlung wurde nach einem mit großem Beifall aufgenommenen eingehenden Vortrag des Genossen Neumann-Berlin über „Betriebs- und kommunale Arbeiterräte“ folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am Montag, den 24. März 1919, vom Gewerkschaftsrat Nowawes einberufene öffentliche Versammlung sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder erklärt folgendes: Wir stellen uns auf den Boden des Nationalismus, welches allein berufen ist zur wirtschaftlichen und politischen Vertretung der arbeitenden Volksschichten der über-großen Mehrheit des deutschen Volkes. Wir erklären weiter, daß nur durch die Diktatur des Proletariats die Vorbedingung zur Vermittlung des Sozialismus und der wahren Demokratie geschaffen werden kann; denn erst der Sozialismus kann die Vertretung der Klassenherrschaft und jeder Diktatur bringen. Wir werden die Arbeiterräte mit allen und zu Gebote stehenden Mitteln in ihrem Kampfe um die Macht unterstützen.

Versammlungen.

Charlottenburg. Am 25. März fand die Fortsetzung der Generalversammlung der U. S. P. statt. Ueber den Parteitag berichtete Gen. Dr. Koles an Stelle des verhinderten Gen. Remig. Der Parteitag habe seine Aufgabe, neue Waffen für den gewaltigen Kampf des Proletariats zu schmieden, zu unserer vollsten Zufriedenheit gelöst. In der darauffolgenden Debatte sprachen u. a. die Genossen Witz und Stößinger. Letzterer übte scharfe Kritik an der Latenzpolitik der Partei, die gegenüber der verlogenen Haltung der kapitalistischen Staatstheorie während und nach dem Kriege nicht die so notwendige publizistische Tätigkeit entfaltete, um die Massen in unserem Sinne aufzuklären. Andere Diskussionsredner befragten die Einigung des Proletariats, die Schaffung der Einheitschule, eine sofortige Raumergrößerung der Sozialisten durch die Räte entgegen den Vorschlägen des Gen. Stößinger, der die Theorie des Wiener Soziologen Goldscheid, eine Anteilnahme des Staates an den kapitalistischen Unternehmungen als Ueberhang zum Sozialismus empfand. — In seinem Schlusswort schilderte Gen. Koles den Ausführungen des Gen. Stößinger bei, daß von unserer Partei eine größere Mithilfe auf dem Gebiete der Massenunterstützung einzufließen werden müsse. Der folgende Antrag des Gen. Stößinger wurde einstimmig angenommen:

Die Charlottenburger Generalversammlung begrüßt die energische Entwicklung, der der Parteitag in seinem Programm Ausdruck gegeben hat und die in der Entscheidung für das Nationalismus und die Diktatur des Proletariats gipfelt. Sie vertritt klare Forderungen für die Stellung der Partei zur Einheitsrepublik und zum Staat überhaupt. Sie vertritt in den Pro-

berungen Abschaffung des Adels und Aufhebung des Militärgerichtsverfahrens mit rückwirkender Kraft und für alle schwebenden Verfahren. Sie begrüßt das Interimsmittel als Entschärfung der kapitalistischen Presse. Sie fordert die Parteileitung auf, endlich eine rege Propagandaarbeit zu entfalten in Form von Broschüren dem Volke klarheit über die Verbrechen des gestürzten Systems zu verschaffen und die wichtigsten Sätze des neuen Programms in jeder Form bei der Masse zu propagieren.

Groß-Berlin.

Aus dem Rathaus.

Die Stadtverordnetenversammlung erörterte gestern einen Antrag, zur Leitung der Versammlung zwei gleichberechtigte Vorsitzende und zwei Stellvertreter zu wählen. Ein Ausschuss soll die Zulässigkeit des Antrages prüfen. Die Erhöhung des Gaspreises auf 37 Pf. pro Kubikmeter wird beschlossen. Verbraucher bis 365 Kubikmeter zahlen 32 Pf. Die Vorlage des Magistrats zur Zulassung von Frauen als Beisitzerinnen der Mietvereinigungsämter begrüßte Frau Stadt. Wurm (U. S.) mit Freude. Sie wies darauf hin, daß es erst der Revolution bedürfte, ehe die Frau auch in der Stadtverordnetenversammlung Eintritt erhalten konnte. Manches wäre anders und besser, wenn Frauen mit ihrer Erfahrung mitgewirkt und auch im Mietvereinigungsamt ihre soziale Tätigkeit im Interesse der Einwohnerschaft Berlins ausübten.

Einen Antrag auf Vornahme von Notstandsarbeiten von der Bürgerlichen Vereinigung begründete Stadt. Walter, der von allem Möglichen sprach, sogar über die Dienstbotenfrage. Der Redner sprach wie der Blinde über die Farbe, er hatte nicht die geringste Ahnung von den auf diesem Gebiete getroffenen Regelungen, nur nahm er sich die Dreistigkeit heraus, die Arbeitslosen in Mitleid zu bringen.

Stadtbaurat Hoffmann wies nach, daß große Mittel für Notstandsarbeiten bewilligt sind und zur Verfügung stehen. Es handele sich nur um die Möglichkeit, alle Aufträge auch auszuführen. Der Hochbau begegne großen Schwierigkeiten wegen der Höhe der Preise und dem Mangel an Material und Mangel an Kohlen.

Stadt. Kettig (Demokr.) schloß sich diesen Ausführungen an, meinte aber, daß es in Berlin sehr viele gut-situierte Hausbesitzer gäbe, die mit Arbeitsaufträgen zurückhielten.

Stadt. Alexander Wurm (U. S.) kennzeichnete die Begründung der Antragsteller als eine neue Seite gegen die Arbeitslosen. Niemand mache sich klar, wo diese Arbeit, wie diese sei, und sind Vorkehrungen getroffen, den Arbeitern Unterkunft zu gewähren. Hoffnungen über Arbeitsangebote hätten in vielen Fällen starke Uebertreibungen über die geübte Anzahl der Arbeiter ergeben. Redner wies nach, wie alle offenen Stellen der Arbeitsnachweise besetzt worden sind. Ebenso steht es mit dem Ausruf, daß die Arbeiter aufs Land gehen sollen. Auch Reich und Staat müssen mitbestehend eingreifen durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Das Privatkapital werde der Sachlage nicht gerecht, es verlange vollkommen. Wie das Kapital lahiert, wies Redner eingehend nach. Ritter (Mehrheitslos.) schloß sich im wesentlichen dem an. Stadt. Emil Schröder (U. S.) legt sich besonders für die Dienstboten ins Zeug, daß sie eine menschenwürdige Existenz erhalten. Bessere Behandlung würde sehr am Platze sein. Der Antrag wird, weil gegenstandslos, abgelehnt.

Achtung! Arbeiterräte der Rüstungsindustrie.

Sonnabend, den 23. März, nachmittags 2 Uhr, Versammlung in den Hellen Nr. 23. Erscheinen dringend notwendig. Arbeiter-rätekarte legitimiert. J. K.: Emil Barth.

Zur Anmeldung von Tumultschäden.

Täglich gehen beim Reichsministerium des Innern Forderungen auf Ersatz von Schäden an Leib und Gut ein, die durch die mit den inneren Unruhen zusammenhängenden Kämpfe und Ausschreitungen verursacht sind. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Anmeldung nicht die vielfach vorgeschriebene Anmeldung bei den für das jeweilige Gebiet zuständigen Behörden ist; insbesondere wird durch die Anmeldung bei einer Reichsbehörde die Ausschlußfrist für Geltendmachung eines Ersatzanspruchs nicht gemindert.

Hungerlöhne.

Daß es Firmen gibt, die sich nicht scheuen, Löhne anzubieten, die man nicht anders als Hungerlöhne nennen kann, beweist nachstehender Fall: Einige Schlosser machen uns die Mitteilung, daß die Firma H. A. L., Maschinenfabrik in Berlin NW, Stromstraße, ältere Schlosser verlangte. Auf Anfrage wurde ihnen ein Stundenlohn von 1.50 Mark angeboten. Unter diesen Umständen wurde natürlich die Arbeitsannahme verweigert, da bei den heutigen Verhältnissen der Lohn viel zu gering ist. Die Arbeiter, die für diesen Lohn nicht arbeiten können, da sie dabei verküppelt müßten, werden dann von verschiedenen Seiten als Arbeitslöhne bezeichnet. Aber die Schimpfen werden sicher auch nicht für 1.50 Mark Stundenlohn arbeiten wollen.

Ein Frauenmord, der allem Anschein nach schon vor 8 Tagen verübt worden ist, wurde gestern vormittag in dem Hause Filowstraße 38 bei einer Durchsichtung nach Waffen entdeckt. Im dritten Stock des Vorderhauses bewohnte seit 3 1/2 Jahren eine 30 Jahre alte Fingerringhändlerin Paula Oulda Weiss zwei Zimmer und Küche. Gestern vormittag wurde in dem Hause nach Waffen gesucht. Hierbei kam man um 11 Uhr auch an die Wohnung der Dandletin Weiss. Man klopfte und klingelte, erhielt aber weder Einlass noch Antwort. Die Hauswirtin, an die man sich wandte, machte nun darauf aufmerksam, daß man Frau Oulda Weiss schon länger nicht mehr gesehen habe. Jetzt holte man einen Schlüssel, ließ öffnen und fand die Wohnungsinhaberin halb entleert mit einem Strich um den Hals erdrosselt und tot im Schlafzimmer liegen. Auf dem Wohnungstür lagen noch die Zeitungen und Briefe, die seit dem 21. d. M. eingehangen waren. Auch den Wohnungsschlüssel fand man auf dem Flur. Der Mörder hat augenscheinlich die Tür hinter sich wieder abgeschlossen und den Schlüssel durch den Türspalt geworfen. Alle Bedäufnisse in der Wohnung waren geöffnet und durchsucht worden. Es fehlen zwei Handtaschen, darunter eine silberne. Ohne Zweifel ist Geld geraubt worden, denn die Ermordete, die als Fingerringhändlerin angefangen hatte und sich jetzt Fabrikantin nannte, pflegte infolge ihres sehr lebhaften Geschäftsbetriebs stets einen größeren Betrag in der Wohnung zu haben.

Reinickendorf. In der zweiten Gemeindevorsteherwahl am 23. März wurde nach Einführung der Gemeindevorsteher Reu-hoff (U. S.) und Wedrad (S. P.) die Wahl von fünf Gemeindevorsteher vorgenommen. Der kaiserlichen Fraktion

ebenfalls einen Schöffen zugewiesen, wurde von sozialdemokratischer Seite abgelehnt, da sie, als sie in der Mehrheit waren, auch keinen Sozialdemokraten zugelassen hätten. Zu Schöffen gewählt wurden: B. Bendi (U. S.), Schönderg (S. P.), Behne (U. S.), Reiff (S. P.) und Reuhoff (U. S.), also drei Genossen der U. S. P. und zwei S. P. D. — Ein Antrag, den Leiter der Fortbildungsschule hauptsächlich anzustellen, wurde wegen der bevorstehenden Eingemeindung abgelehnt, ein Antrag, die Volksschulen in Ost und West selbständig zu machen angenommen. — Des Weiteren wurde beschlossen, mit dem Abbau der höheren Schulen zu beginnen, die niedrigste Volksschule in Potsdam kommen zu lassen und die freien Lehrmittel in allen Schulen zu gewähren. Ein Antrag, noch zwei juristische Hilfsbeamte anzustellen, verursachte eine lebhafteste Diskussion. Die unabhängige Partei stellte sich auf den Standpunkt, infolge der Finanzen und da doch die neuwählten Schöffen auch nicht bloß dem Namen nach da sind, vorläufig nur einen anzustellen. Der Antrag wurde dann mit 15 gegen 17 Stimmen angenommen. Es wurden dann noch Klagen über die Beschäftigung im Krankenhaus vorgebracht und die Vermutung ausgesprochen, daß die beschlagnahmten Lebensmittel, welche vom Ernährungsamt zugewiesen werden, den Kranken nicht zugute kommen. Es stellte sich dann aber heraus, daß wir von Gemeinde wegen über das Kronenhaus nichts zu sagen haben, da die Bürgerlichen Arm in Arm mit den Mehrheitssozialisten daselbst im vorigen Jahre infolge der Zuschüsse gegen unsern Widerspruch an den Kreis verschickert haben. Die Glatzberatung soll am 2. April beginnen.

Den geheimnisvollen Tod eines Knaben sucht die Reutländer Kriminalpolizei aufzuklären. Am 28. April 1917 verschwand spurlos der 10 Jahre alte Sohn Herbert des Arbeiters Wedmann aus der Manhusstraße 1 zu Reutlän. Es laubte schon damals der Verdacht auf, daß er ermordet worden sei. Alle Ermittlungen nach seinem Verbleib hatten keinen Erfolg. Frau Wedmann starb nach 6 Wochen aus Gram über das ungewisse Schicksal ihres Sohnes. Der Vermisste war zuletzt auf dem Bod eines Bretterwagens gesehen worden, dessen Kutscher schon öfter Knaben zu unfauberen Wreden nach Niederhagenweide mitgenommen hatte. Dieser Kutscher wurde verhaftet, mußte aber wieder entlassen werden, weil man ihm nichts nachweisen konnte. Auch die später wiederholt aufgenommenen Nachforschungen blieben fruchtlos. Am Mittwoch nun fand ein Arbeiter Russak zufällig die stark verweste Leiche des Verstorbenen auf dem Bauplatz von Schaebe in der Eisenstraße 58 zu Reutlän unter Dreiergerüst. Die Kriminalpolizei und ebenso eine Schwester des Vermissten erkannten den Toten bestimmt an der Kleidung, die der Knabe zuletzt getragen hatte. Der verdächtige Kutscher wurde jetzt erneut in Gewahrsam genommen, ebenso noch ein Mann, der in der Nachbarschaft des Schaebe einen Bauhau hat und dessen 12jähriger Sohn. Auch gegen diese beiden besteht ein Verdacht, mit dem Tode des Knaben etwas zu tun zu haben. Der kleine Wedmann war zuletzt mit dem 12jährigen zusammen gesehen worden. Dieser wurde gleich nach seinem Verwinden auch wiederholt vernommen. Man gewann schon damals den Eindruck, daß er sicher etwas wisse. Er leugnete aber alles ab und es war nicht aus ihm herauszubringen, auch über Vorgänge nicht, die anderweitig beobachtet worden waren. Die Todesursache kann durch Obduktion nicht mehr festgestellt werden, weil die Verwesung der Leiche schon zu weit vorgeschritten ist.

Wegen der Freiwilligen haben sich auch die Arbeiter und Angestellten der U. S. P. K. S. P. D. in einer Betriebsversammlung erklärt und jede fernere Gemeinschaft mit Arbeitern, die sich anwerben lassen, abgelehnt.

Marlendorf. Morgen abend findet in der Kasse des Gymnasiums, Kaiserstraße, ein Kunstabend statt. Mitwirkende: Schachmann, Schauspieler, Theater, Musikanten und Volkstheater. Tempelhof-Marlendorf. Eintrittskarten 1 u. 2 M. bei den Regisseursführern des Theatervereins, in den Kunstschaffenden Tempelhof, Marlendorf und an der Abendkasse zu haben. Societät 6 1/2 Uhr, Beginn 7 1/2 Uhr.

Arbeiter-Tafelherberg. Treffpunkt, Ortsgemeinde Berlin, Gault-Arbeits, abends 7 Uhr, Zentralratsversammlung, Sonntag, den 30. März, Betriebsrat nach Wilmersdorf, „Alten Freund“, Sammelort 1 Uhr, Einbuhrdenkmal, Schloßherberg bis Nischenherberg oder Untergroßbach bis Nischenherberg. Keine Teilnahme erlaubt und erteilt Auskunft Otto Zankel, Zentralratswart, Reutlän, Filowstraße 31.

Reutlän. Frauen- oder Angehörige von Anhaltenden des Depots 13 der U. S. P. K. S. P. D. werden ersucht, sich beim Kameraden Reinhold, Schönderg Str. 15, vorn 4 Treppen, heute, Freitag, den 28. März, nachm. 2-4 Uhr, zwecks Wählung von Lebensmitteln für die Inhabilitäten der K. Komp. zu melden.

Aus den Organisationen.

Sektow-Breslow.

Sonntag, den 30. März, vorn 1/10 Uhr, findet im Reutländer Rathaus, Berlinstr. 64, im Stadtverordnetenversammlungsaal eine Konferenz der U. S. P. Gemeindevorsteher der Reutländer statt. Tagesordnung: 1. Unsere Aufgaben in der Gemeinde. Referent Genosse Vogtherr. 2. Die Tätigkeit der kommunalen Arbeiterräte. Referent Genosse Siebers. 3. Ausschüsse. Jeder Ort muß vertreten sein.

Niederbarnim. Die von den Parteien bestellten Schriften können im Kreisbureau abgeholt werden.

Schiller Kreis. 13. Mitteilung. Frauenabend heute abend 7 Uhr bei Voersch, Oldenburger Str. 19.

Reutlän. Heute Freitag, den 28. März, abends 8 Uhr, von den bekannten Lehrlern aus Reutlän. Die Bezirksleiter empfangen das Material von 4 Uhr ab im Bureau.

Ostendehausen. Heute Freitag, 28. März, abends 7 Uhr, Betriebsversammlung im Lokal von Herrmann, Berliner Str. 21. Bericht vom Parteitag. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Reutlän — Verlagsverlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Einheitsdruckerei und Verlagsverlagsgesellschaft m. b. H., Schillergasse 10.

Die Zeichnungsfist

der Berliner Stadtanleihe von 1919

ist kurz, nützt sie aus,

Schluss am 1. April.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Verhandlungen über den Notetat, der auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand, gab Gelegenheit zu einer allgemeinen politischen Debatte, die sich hauptsächlich um die Rede Scheidemanns und seine Ausführungen gegen die monarchistische Reaktion drehte.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir bemerken, daß es uns ein unerträgliches Mißverhältnis scheint, daß die Minister außerhalb der Tagesordnung das Wort ergreifen und lange politische Ausführungen machen, ohne daß sich daran noch der bisherige — allerdings ganz unnütze — Geschäftsführung eine Debatte schließen kann. Wäre heute nicht zufällig der Notetat zur Verhandlung gekommen, so hätten die Herren von Rechts auf die Angriffe Scheidemanns ebensowenig antworten können, wie vor kurzem die Unabhängige Sozialdemokratie auf die Provokationen Noskes. Daß sich ein Parlament eine solche Übung gefallen lassen könnte, halten wir für ausgeschlossen. Wenn ein Minister das Bedürfnis hat, eine politische Rede zu halten, so muß selbstverständlich damit die politische Debatte verbunden sein.

Die Debatte bot zunächst kaum neue Momente. Interesse verdient der Posten des Notetats, in dem für den Reichspräsidenten 100 000 M. angefordert werden. Mit Recht wurde ziemlich allgemein diese Forderung als unverständlich bezeichnet und eine genauere Aufstellung darüber verlangt, wozu denn diese Summe dienen soll.

Erst in vorgerückter Stunde erhielt als Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie Haase das Wort und damit endlich die Gelegenheit, Abrechnung zu halten und der Sache gegen unsere Partei entgegenzutreten. Aber darüber hinaus gestaltete sich diese Rede zu einer programmatischen Rundgebung unserer Partei über die wichtigsten Fragen der äußeren und inneren Politik.

30. Sitzung, Donnerstag, den 27. März.

Auf der Tagesordnung stehen der vierte Nachtragsetat für 1918. Der Nachtragsetat enthält die Auforderungen für den Reichspräsidenten (monatlichen 100 000 Mark Aufwandsgehalt), sowie für das Reichsarbeitsministerium und das Reichsfinanzministerium. Der Notetat sieht die vorläufige Regelung der laufenden Ausgaben für das Rechnungsjahr 1919 vor.

Reichsfinanzminister Schäffer begründet beide Vorlagen unter Hinweis auf ihren vorläufigen Charakter.

Abg. Schulz-Dalehoff (Soz.): Solange der Bolschewismus sich darauf beschränkt, seine Ideen mit geistigen Waffen zu propagieren, wollen wir ihm mit geistigen Waffen antworten. Solange er aber mit Handgranaten zu überzeugen sucht, bligen und verlangen wir, daß der Staat seine schärfsten Nachmittel dagegen anwendet. Das gleiche erwarten und verlangen wir von ihm bezüglich der Wehren, die von rechts drohen. Noch sehen wir nicht die unmittelbare Gefahr einer Gegenrevolution, aber hier bricht es schon den Anfängen entgegenzutreten. Die Vorgänge vom Sonntag waren nur ein vergleichsweise harmloser Kustat; zu den gefährlichen Vorgängen in der Preussischen Landesversammlung. Hier hat Herr Dr. Wolff eine aufreizende Rede gehalten, die nicht weiter als die

Schilderhebung der Gegenrevolution

bedeutet. Die Revolution, sagte er, ist das größte Verbrechen, das je am deutschen Volke begangen worden ist. (Stürmische Rufe: Sehr richtig! rechts, Unruhe, Lärm und Pfuirufe b. d. Soz.) Weich denn Herr von Harbort nicht, daß er damit die Gefühle von Millionen Deutsche (Zuruf rechts: Millionen Verbrecher! Große Unruhe b. d. Soz.) in unerhörter Weise verletzt. Wir Sozialdemokraten haben die Revolution nicht gewollt, wir hätten gewünscht, daß freie Bahn auch ohne die Gewalttätigkeiten einer Revolution geschaffen worden wäre. Revolutionen werden nicht gemacht. (Widerspruch und Gelächter rechts.) Revolutionen kommen wie elementare Ereignisse. Sobald die Revolution einmal da war, gilt und galt für uns Sozialdemokraten, sie den Interessen des deutschen Volkes dienlich zu machen. Trotz der trüben Gegenwart vergehen wir nicht und wir sind der festen Überzeugung: Man wird demalst die Revolution preisen als die große dreizehnte Stunde für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes. (Beifall b. d. Soz.) Hören Sie sich, meine Herren, die Sie etwa Harbort'schen Ideen folgen, wir lassen uns die revolutionären Erregungszustände weder bejammern noch gerühmeln. (Rechts Zustimmung b. d. Soz.) Hören Sie sich, daß Sie nicht eine neue Revolution vorbereiten. Die erste ist gezeugt worden durch den deutschen Sozialismus. Ein zweites Mal könnte es anders kommen. (Rechts Zustimmung b. d. Soz.)

An die Regierung richte ich die Frage, ob die Erklärung des russischen Volkskommissars Tschitscherin richtig ist, daß deutsche Truppen den linken Flügel einer großen Offensive gegen Rußland darstellen, die offenbar im Auftrage der Entente unternommen sei. Ich beantrage die Ueberweisung des Nachtragsetats an den Ausschuss. Wir wünschen dort nähere Mitteilungen der Regierung darüber, wodurch die hohe Summe von 100 000 Mark monatlich an Aufwandsentschädigung für den Reichspräsidenten notwendig geworden ist. Wir Sozialdemokraten haben gewiß das größte Vertrauen, aber wir sehen in einer schlichten und einfachen Bekleidung der Amtsführung des Reichspräsidenten eine dringende Notwendigkeit, auch mit Rücksicht auf die jetzige Lage Deutschlands. (Sehr richtig! links.) Die mit dem Amt des Reichspräsidenten verbundenen sachlichen Aufwendungen müssen streng getrennt werden von den persönlichen Aufwendungen. Bei der Beratung des obenstehenden Etats werden wir auch die Frage prüfen, ob an den Ministergehältern nicht Abstriche angebracht sind. (Sehr richtig! links.) Wir wünschen weitere Aufklärung darüber, warum das Flugwesen jetzt schon privaten Kreditoren überlassen worden ist, während es sich doch ganz besonders zur Sozialisierung eignet. (Sehr richtig! links.) Eine Erhöhung der Alters-, Invaliden- und Unfallrenten und der Unterstützungen der Angehörigen von Kriegsgefangenen ist notwendig. Wir müssen endlich wieder Ordnung schaffen in unseren Finanzen und in unserem ganzen politischen Leben. (Beifall! Beifall.)

Reichswehrminister Noske: Auf die Anfrage des Abg. Schulz wegen der Aeußerung des russischen Volkskommissars Tschitscherin habe ich zu erklären: Wenn der russische Staatsrat von ankommenden deutschen und polnischen Truppen gesprochen hat, so entspricht diese Behauptung, sowohl deutsche Truppen in Betracht kommen, nicht den Tatsachen. (Hört! Hört!) An den Kämpfen im Volkstum hat hauptsächlich lettische und litauische Truppen beteiligt. Deutsche Truppen haben in den letzten Wochen nur eine Operation von ganz geringfügiger Bedeutung vorgenommen, die in der Presse zu Unrecht als ein großer Sieg der deutschen Truppen über die Russen berichtet worden ist. Es handelte sich dabei lediglich um die Befreiung einer Bahnlinie auf beschränktem Raum, um den Nachschub besser zu organisieren. Seitdem ist ein Stillstand der Operationen eingetreten. Es besteht zwischen der Obersten Kommando-

tung und mir und der Reichsregierung Uebereinstimmung darüber, daß von den deutschen Truppen keine Offensivbewegung in Rußland und Litauen unternommen wird. Eine gewisse Sicherung der deutschen Ostgrenzen wird leider noch erforderlich sein, aber die Reichsregierung ist nur von dem lebhaftesten Wunsch erfüllt, auch mit Rußland in Frieden und guter Nachbarschaft zu leben. (Beifall.)

Abg. Mayer-Schwaben (Z.): Die Anforderungen für den Reichspräsidenten werden wir genau prüfen. Mein äußerlich muß es den Anschein erwecken, als ob der deutsche Reichspräsident mehr Einkommen hat, als seine Kollegen in den Vereinigten Staaten und in Frankreich zusammen genommen. Im Interesse des Reichspräsidenten muß eine Trennung der persönlichen und sachlichen Ausgaben erfolgen. Mit der Sanierung unserer Reichsfinanzen muß bald begonnen werden.

Abg. Graf v. Posadowsky (Dnat.): Der Ministerpräsident sollte seine Kraft verwenden gegen Bestrebungen, die ihn sonst ernstlich bedrohen. Die Arbeiter- und Soldatenräte bilden ein Nebenparlament, das die Regierung neben der Nationalversammlung nicht außer Acht lassen darf. (Sehr richtig! rechts.) Die Arbeiter- und Soldatenräte befehligen die Landesverwaltungen durch die allerersten Hebertische. Wenn die Regierung die Arbeiter- und Soldatenräte nicht aus dem Staatsleben ausschaltet, so werden bald die Hände derer, die diese Regierung hinaustragen werden, Redner verliert dann eine lange Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Regierung.

Abg. Dr. Bohnke (Dem.): Wir haben es in der Hand, bei der Sozialisierung eine Grenze zu ziehen (Rufe rechts: Abwarten!), und wir werden diese Grenze ziehen. Wir wissen das Eigentumsrecht zu respektieren.

Abg. Haase (U. Soz.):

Die Aufwandsentschädigung für den Reichspräsidenten erscheint uns reichlich hoch. Der Notetat stellt uns vor die Frage, ob wir der Regierung unser Vertrauen schenken können. Die politischen Verhältnisse sind schlimmer als in der Kriegszeit. Der Belagerungsstand herrscht in vielen Städten und die außerordentlichen Kriegsgesetze sind an der Arbeit. Für nationalpolitische Aushebungen ist die Straße frei. Unabhängige Versammlungen aber werden verboten. Weßhalb wurden die „Freiheit“ und die „Republik“ verboten? Die Regierung hat uns darauf höflich geantwortet. Es wird der Tag kommen, an dem dem Major von Gilsa dieser Ton in der Seele fest bleiben wird. (Unruhe.) Die Regierung und ihre Handlanger wahren auch nicht mehr die Rechte der Nationalversammlung. In Halle wurde die Wohnung des Abg. Roenen durchsucht, in Berlin, während ich in Weimar war, meine Wohnung, wobei man ein Maßsingewebe auf das Haus richtete. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Und ebenso ist es dem Abg. Dr. Cohn ergangen. Die Regierungstruppen stellen auf Geseß und Verfassung. In Berlin sind in den letzten Wochen

über tausend Personen verhaftet

worden. Angeblich besteht ein Befehl Noskes, wonach alle Mitarbeiter der „Neuen Bahnen“ und alle maßgebenden Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet werden sollen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Wäre diese Verfügung echt, sie wäre das schändlichste Tendenzverfahren, das es je gegeben hat. Das Material von den Verhaftungen liefern die alten Volkzeitungspolizei. Die Denunziationen mit hat einen Umfang angenommen, wie in der Zeit des Verfalls des römischen Reiches. (Widerspruch.) Man hat als neue Art die militärische Post erfunden. Der Noskes'sche Befehl bedeutet allerdings nicht die Einführung des Standrechts, denn selbst

das Standrecht

fehlt ein gerichtliches Verfahren voraus. Hier hatte jeder Soldat das Recht jeden niederzuschlagen, den er mit der Waffe kämpfend antraf. (Lärm b. d. U. Soz.) Wehrlose Gesangene, die sich schon ergeben hatten, sind niedergeschossen worden. Es sollte eben kein Parolen gegeben werden. Das ist ein Vorkriegs. Die Garde-Schützenbrigade hat den Befehl Noskes noch verstärkt. (Hört! Hört! b. d. U. Soz.) Hunderte von Personen sind gegen das Gesetz hingerichtet worden. (Pfuirufe b. d. U. Soz.) Das grauenhafteste ist der Brand in der Französischen Straße. Selbst bürgerliche Blätter haben das anerkannt. Ueberall, wohin die Truppen kommen, entsetzt Unruhe. (Lachen.) Ich erinnere an Adlershof. In der Volksmarinidivision wollte man die Garde der Revolution treffen. Die 24 Kanonen sind kalten Sinnes hingschleift worden. Das paßt ganz zu der bestialischen Art, wie man Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet hat. Die Menschheit selbst ist durch diese Taten geschändet worden. (Zurufe: Klueber Spartakus!) Die Spartakisten hatten am 6. Dezember den Kommandanten Wels in ihrer Macht. Ihr Gebäude wurde mit schwerer Artillerie beschossen, obwohl es menschenleer gewesen wäre. (Stürmische Rufe! Hört!) Wenn die Matrosen sich widersetzlich wehrten hätten und Wels zugrundegegangen wäre. (Erneutes stürmisches Hört! Hört!) Es lebt Wels heute noch, so haben die Matrosen gehandelt. Hat Liebknecht auch nur je einen Menschen angefaßt? (Zurufe rechts: Er hat geschßt.) Der Anlaß zu dem Noskes'schen Erlaß war das Märchen von Lichtenberg. Eine Art Pogromstimmung ist dadurch erzeugt worden. Es war

gar kein Spartakistenputsch,

sondern in Berlin ist es nur deshalb zu Kämpfen gekommen, weil die Volksmarinidivision und die republikanische Soldatenwehr sich gegenüber den Freiwilligentruppen benachteiligt fühlten. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Die Ermordung des Oberstleutnants von Klueber ist gewiß abhorrlich, aber so ist es manchmal ergangen. Volkzeitungspolizei haben vielfach die Spartakisten erit aufgesucht. (Lachen.) Das ist erwiesen. (Erneutes Lachen.) Zurufe: die harmlosen Spartakisten.) Auch die schlimmsten Unmenslichkeiten der Sparatisten wären keine Entschuldigung für die Regierungstruppen. Bei uns ist das

garistisches System

neu aufgelegt. (Widerspruch.) Die Untersuchungsgefängnisse werden mit Weisichen gefüllt, so daß die Anwohner des Zimmern nicht hören können. Ein Untersuchungsgefängnis ist

im Gefängnis erschossen

worden, nur weil er der Freund von Karl Liebknecht und der neue Leiter der „Neuen Bahnen“ war. Die Reaktion triumphiert wieder. Wir halten gewiß nicht viel vom bürgerlichen Pazifismus, aber wir achten und ehren den am Sonntag amtierenden Professor Schueßung, der sich während des ganzen Krieges auf aufrichtiger Mann gezeigt hat. Der Ministerpräsident unterschätzt den Einfluß der Sozialdemokratie, die er keinesfalls nennt. Es wäre eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn man sich nicht darüber klar wäre, daß die Litwin, Hilfen, Lettow-Forbes wie ein Mann geschlossen hinter Ludendorff stehen, wenn es darauf ankommt. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Neben den Offizieren kommandieren auch die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und viele Mittel- oder der linken bürgerlichen Parteien mit Ludendorff. Die „Völkische Nationalzeitung“ hat schon bei der Rückkehr Ludendorffs nach Deutschland ausgesprochen, daß Noske und seine Tragtücher ihrem Herrn und Weiser Ludendorff die Wege ebnen. Selbst der „Vorwärts“ hat jetzt endlich die Gelegenheit erlangt, vor der wir stehen.

Es ist meiner Partei niemals eingefallen, dem deutschen Volk das Recht zum Protest gegen Gewalttätigkeiten der Entente abzusprechen. Wir haben es vielmehr immer zum Protest aufgerufen, aber die Anführer und Stützer der deutschen Gewalttätigkeiten sind allerdings zu solchen Protesten schiedt legiert. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.)

Der Reichswehrminister hat endlich ausgesprochen, daß wir mit Rußland zu friedlichen Verhältnissen kommen wollen. Ich frage aber das Auswärtige Amt und die Regierung, was sie zu diesem Zweck getan haben. (Sehr laut! b. d. U. Soz.) Wie lange wird es denn noch dauern, bis die Truppen aus Rußland zurückgenommen werden. (Unruhe und laute Zurufe rechts.) Zurückgenommen an die deutsche Grenze. (Erneute Unruhe rechts.) Präz. Kehrnbach: Bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen, die den Redner nur zur Verlängerung seiner Ausführungen zwingen. Das strengt ihn übermäßig an. (Hellerkeit!) Es versteht sich von selbst, daß die Grenze geschützt werden muß, aber man schänt sie nicht dadurch, daß man in das fremde Land geht und dort den Kriegszustand verlängert. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.)

Die „Frankfurter Zeitung“ richtet am 10. März in einem überaus beachtenswerten Artikel an die Regierung die Frage, wie es eigentlich mit unserer Ostpolitik steht. Wir dürfen doch nicht übersehen, daß Ungarn von den Kommunisten beherrscht ist, daß über kurz oder lang auch in Rumänien die siegreiche Revolution den Kommunismus zur Herrschaft bringen wird. Wollen wir denn mit allen diesen Völkern des Ostens nicht in Verkehr treten? Nein, es muß unsere Aufgabe sein, so schnell wie möglich einen solchen Verkehr anzubahnen. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Alles, was Reichsminister Erzberger über eine Kabinetsstimmung am 12. Dezember berichtet hat, ist absolut falsch. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Eine Verbindung mit Rußland würde uns gegenwärtig von größtem Nutzen sein, denn Groß-Rußland und die Ukraine können und sofort mit Rohstoffen und später auch mit Lebensmitteln versorgen. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Widerspruch rechts.) Wenn die „Times“ erklärt, Deutschland wolle sich

mit Rußland gegen die Entente

verbünden, so erkläre ich namens meiner Partei, daß wir gar nicht daran denken, ein solches Bündnis zu schließen, sondern daß wir im Gegenteil endlich auch im Osten aus dem Kriegszustand herauskommen wollen. Die Weltrevolution ist im Gange, aber sie wird sich nicht in allen Ländern nach dem russischen Schema vollziehen. Bisheriger Sozialismus allein ist die Befreiung der Menschheit. (Rechts Zustimmung b. d. U. Soz.)

Reichswehrminister Noske: Wir wünschen gewiß ein gutes Verhältnis zu Rußland. Rußland verlangt aber von uns, daß wir vorher bolschewistisch werden. Das lehnen wir ab. Deutschland muß nach eigener Kraft fertig werden. Die Antwort, die Major von Gilsa dem Abg. Haase gegeben hat, war von mir verfaßt. (Zurufe b. d. U. Soz.: So sieht sie aus!) In der Antwort ist festgelegt, daß die „Freiheit“ in gemeingefährlicher Weise die an sich schon gereizte Stimmung der deutschen Bevölkerung dauernd weiter schürt. Das weiß jeder Leser des Blattes. Nur Herr Haase weiß das nicht. Bei nächster Gelegenheit wird ihm mit einem Straf-Ritate recht werden. Run zu Halle.

In Halle kam es darauf an, den Bahndienst schnell wieder herzustellen. Dabei ist Oberleutnant von Klueber in bestialischer Weise ermordet worden. (Pfuirufe.) Andere Offiziere wurden schwer mißhandelt und das unabhängige Blatt in Halle stellte mit Bedauern fest, daß einer dieser Offiziere entwischt sei. (Zurufe.) Wenn solche Gemeinheiten vorkommen, darf sich niemand wundern, wenn entsprechende Gegenmaßnahmen ausgesetzt werden. (Sehr richtig!) Das bedauern wir, lehnen die Verantwortlichen aber ab. Wie wird denn mit den Korbellen Schindler gehandelt, nur zur Förderung der politischen Ziele des Herrn Datz.

In seinen weiteren Ausführungen erklärte Noske, daß in einem solchen Falle nicht Paragrafen gelten, sondern lediglich der Erfolg, und der sei auf seiner Seite gewesen. Als er den Abgeordneten Haase und seine Freunde aus die Brandstifter der Schrednisse, bezeichnete, brach bei den Unabhängigen ein Sturm der Empörung aus. Der Präsident rief zwar die Ausdrücke Noskes, die Mehrheit wendete aber dem Reichspräsidenten demonstrativen Beifall.

Abg. Weder (D. Volksp.) erklärte, daß seine politischen Freunde die Kundgebung des Nationalbundes deutscher Offiziere nicht billigen, die sie als zwecklos und wenig geschmackvoll bezeichnen müßten. Aber der Ton, den der Ministerpräsident bei seinen angelegenen habe, sei ebenwiewenig zu rechtfertigen.

Diese Bemerkung veranlaßte den Ministerpräsidenten Scheidemann, dagegen Einspruch zu erheben, daß er irgend jemand habe beschimpfen wollen. Er ging nochmals auf den Staatsgerichtshof ein und erklärte es als selbstverständlich, daß dieser Staatsgerichtshof objektiv und unabhängig urteilen müsse.

Nach einer großen Reihe persönlicher Bemerkungen wurde beschlossen, die Vorlage dem Hauhaushaltsausschuss zu überweisen, der schon morgen vormittag seine Arbeiten in Angriff nehmen wird. Die nächste Sitzung wurde für Freitag nachmittags 3 Uhr anberaumt.

Preussische Landesversammlung.

12. Sitzung, Donnerstag, den 27. März.

Präz. Reiner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Die Aussprache über das Regierungsprogramm wird fortgesetzt.

Landwirtschaftsminister Braun stellt fest, daß auch die Regierung die Bedeutung der Landwirtschaft durchaus zu würdigen wisse.

Die Landwirtschaftskammern fasse ich als rein wirtschaftliche Vertretungen auf. (Beifall! Widerspruch rechts.) Stark Verfallsverbindungen der Völkern.) Mit allen Mitteln werde ich politische Kundgebungen von Landwirtschaftskammern wie sie in der letzten Zeit schon mehrfach erfolgt sind, bekämpfen. In den Landwirtschaftskammern wird die Regierung alle landwirtschaftlichen Gruppen ohne Unterschied der Partei zusammenfassen. (Große Unruhe rechts, Beifallstündungen links.)

Nur die Eigenerzeugung bereichert unsere Wirtschaft. Wir müssen bestrebt sein, unsere Ernährung aus eigener Kraft zu sichern. Der zu erwartende Verlust an heimischem Boden zwingt uns deshalb zur Kultivierung unserer Oedländer. Ein Ersatz für die Landwirtschaft wird der Umwandlung, daß sich für die Beteiligung der Kriegsgeldern auf vier feste Jahre tätigen kann. (Beifall! Widerspruch rechts.) Sie können nicht bestreiten, daß die Landwirtschaft während des Krieges recht gut verdient hat. Der Minister zeigt an einem Beispiel, daß 10 Domänen, die im Frieden zu 145 000 Mark verpachtet waren, im Jahre 1917 einen Gewinn von 507 000 Mark brachten. Es ist anzunehmen, daß die Landwirtschaft durch den Krieg in ungewöhnliche Reichthümer gelangt ist. Die Domänen sind im Stillstand geblieben und den Dampfabriken nach verkauft worden. Die Staats sind von der äußersten linken Seite schuld. Von den Unabhängigen wurde hier vor einigen Tagen berichtet: Es wird noch nicht genug geteilt. Dieses Wort hat nichts anderes als: es wird noch nicht genug gekannert. Hungerqual des Volkes ist ganz einfach die letzte Dognung für

die Unabhängigen, ihre Politik durchzuführen. (Stärkender Beifall. Große Unruhe bei den Unabhängigen.)

Abg. v. Richter-Dannover (D. Sp.): Spricht zunächst über landwirtschaftliche Fragen und schließt dann über die Revolution.

Abg. Schred (Soz.): Wir haben schon einen Vertreter der Schichten gehört, die mit besonderer Bildung auszustatten, es nicht betragen können, daß die feine Partei früher ausgeübt hat. Darüber hinaus etwies sie aber auch den Geist des Truges und Aufbäumens. Mit echt jüngerlicher Ueberheblichkeit sprach er von der Wehr- und Ehrlosigkeit des deutschen Volkes und forderte Dank für die frühere Dynastie. Er versagte zu erzählen, wie der Niedergang Deutschlands gekommen ist, und daß man Hühneraugen keinen Dank schuldet. (Zuruf rechts: Das ist ein Schand!) Eine Schande ist es, solches Gebahren zu verteidigen. (Lebhafte Beifall links.) Der Zusammenbruch ist nicht herbeigeführt durch die Sozialdemokratie, sondern durch die Sozialpolitik, die von den Freunden Kardorffs schon im Frieden geübt wurde und durch die Politik während des Krieges. Gerade diese Politik ist auch die Ursache für den Haß der Sieger gegen den Besiegten. (Lebhafte Beifall links.) Solche Reden wie die des Herrn von Kardorff erschauern nur den Wiederaufbau Deutschlands, und seine Schmach ist nach einem starken Heer hat zweifellos der Waffenstillstands-Kommission neue Hindernisse in den Weg gelegt. (Lebhafte Beifall links.)

Die von ihm so leidenschaftlich verurteilten

Arbeiter- und Soldatenräte

haben dafür gesorgt, daß wir heute überhaupt noch leben. Gerade die Herren von der Rechten haben die Wirksamkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten Tagen der Revolution wohl zu schätzen gewußt, weil die Räte verhindert haben, daß der 'Kaiser' sich auf ihren Dächern niedergelassen hat. Nachdem die Räte ihnen also Existenz und Leben erhalten haben, trachten sie jetzt aus den fernsten Winkel und tiefsten Gefassen ihrer Beschreibungen wieder hervor. Auch dabei hüpfen sie sich noch auf die Sozialdemokratie, die mit aller Macht der gewalttätigen Führung des inneren deutschen Lebens Halt gebietet. (Lebhafte Beifall links.) — Unruhe rechts.) Selbst das Verhalten der Kustellere geht zurück auf das Verfahren der rechtsstehenden Partei. Von wem anders haben die Auftritte Gewalttätigkeit gelernt? Wer hat den Soldaten das schlechte Beispiel der Mißachtung fremden Besitzes gegeben? Wer hat das wichtigste Heeresgut in sich gelassen? Die Arbeiter- und Soldatenräte des Westens haben geradezu einen Schutzwall aufzurichten müssen gegen die

Kausverträge der Elemente im Ozean.

die nicht zu den minderbemittelten sozialen Schichten gehören. (Große Unruhe links.) Die Angriffe der Rechten auf die Regierung erklären sich ganz einfach daraus, daß sie bei den Wahlen sich nicht mehr der früheren rücksichtslosen Wohlbeeinkung bedienen konnten. Demensprechend sind auch die Wahlen ausgefallen. Sie (zur Rechten) können nicht bestreiten, daß das deutsche Volk sich für die Demokratie entschieden hat. Die äußerste Linke aber muß zugeben, daß es sich noch nicht für den Sozialismus erklärt hat. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Kompromißpolitik und einer Koalitionspolitik. — Wenn im Volke Verbitterung und Herge noch immer gähnen, wenn keine Ruhe eintreten will, wenn sich Unruhe und Spartaßienputze immer wieder ereignen, so liegt die Ursache nicht nur in der Enttäuschung der breiten Volksmassen über die Haltung ihrer Regierungen in den feindlichen Ländern nach dem Siege der Revolution vom 9. November, auch nicht nur an dem unerträglichen Druck der Waffenstillstandsbedingungen, sondern Sie (noch rechts) müssen sie auch in ihren eigenen Reihen suchen. Ich erinnere Sie an die Beschlüsse vom letzten Sonntag. Wir verlangen darum von der Regierung die rascheste Demokratisierung der

ganzen Verwaltung. Dieses muß mit der Durchsichtigkeit der Gemeindevorfassungen baldigst aufgeräumt und ein einseitiges Gemeindericht geklärt werden. Es ist fernere Sorge dafür zu tragen, daß die jetzt sich überall bildenden 'Einwohnerwehren', die ursprünglich einen Schutz vor Räubern und Plünderern darstellen, nicht etwa zu Schutzwehren rücksichtslos umgewandelt werden. Den Verlagerungszustand wird, davon sind wir überzeugt, die Regierung nicht einen Tag länger als unbedingt notwendig bestehen lassen. (Große Unruhe bei den U. Soz.) Die Regierung wird auch keineswegs zu einer Nachprüfung zu schreiten haben, ob nicht eine ganze Reihe politischer Persönlichkeiten aus der Haft zu entlassen sind und eine Amnestie, wie Sie (zu den U. S.) sie wünschen, durchgeführt werden kann. Die Regierung muß aber auch gegen die Gefahren von rechts nicht minder aufmerksam sein; diese Gefahren dürfen sich auf den allerhöchsten Widerstand aller hoffenden Stände gefaßt machen, wenn sie glauben, die Errungenschaften der Revolution gefährden zu können. Hat Herr Dr. Hofenseld übrigens je Fühlung mit den Massen gehabt? Wir müssen ihn als Sachverständigen über proletarisches Empfinden abhören. (Unruhe bei den U. Soz.) Aufwärts und vorwärts geht unser Weg trotz alledem! (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Schmieding (Zent.): Der Abg. Schred hat sehr schöne Worte über die Glaubensfreiheit vorgebracht. 'Die Botschaft ist wahr, allein mir fehlt der Glaube.' 1881 erklärte Babel im Reichstage: Wir erheben auf religiösem Gebiete den Atheismus, Christentum und Sozialismus neben sich entgegen wie Wasser und Feuer. (Unruhe und Zurufe bei den Soz.) Es freut mich so, daß heute eine andere Anschauung vertreten worden ist. Also Sie wollen sich bessern.

Abg. Dr. Frenkel (Dem.): Wir wünschen vollkommen Aufschluß über die großen Ausgaben, die dazu geführt haben, daß unsere Schuld auf 6 Milliarden angewachsen ist. Wir bedauern, daß uns die Tarifserhöhungen nicht vorgelegt, sondern auf dem Wege der Verordnung eingeführt wurden. Wir hätten vor einer Ueberdehnung der Tarife gewarnt, die den Güterverkehr einschränken und dadurch auch die Einnahme verkürzen muß. Wir warnen auch vor einer Ueberdehnung der Anspannung der Steuerkraft, an die außer Steuern auch das Reich die größten Anforderungen stellen muß. Wir hoffen, daß uns der Aufstieg glücken wird. (Lebhafte Beifall bei den Demokraten.)

Vertreter des Ministers der Oeffentlichen Arbeiten, Ministerialdirektor Vape: Die Verwaltung hat durchaus die Tarifreform der Landesverwaltung vorlegen wollen; wenn sie dennoch nicht durch Gesetz, sondern durch Verordnung in Kraft gesetzt worden ist, so lag das ebenfalls daran, daß der Entwurf hier nicht mehr rechtzeitig hätte verabschiedet werden können, da sich der Zusammentritt um eine Woche verzögert.

Abg. Dr. Fergl (D. Nat.): Es wäre reichlich naiv, zu glauben, daß jetzt von irgendeiner Partei eine Gegenrevolution unternommen werden könnte. (Lebhafte Widerspruch links. Rufe: Na, na!) Er ist eine direkte Beleidigung für eine Partei, die hier programmatisch hat erklären lassen, daß ihr jede Absicht einer Gegenrevolution fernliegt, daß sie nicht gewissenlos genug ist, das Land in einen Bürgerkrieg zu betreiben. Das Land will keine neue Revolution von der Linken, aber auch keine von der Rechten, es will Ruhe, Ordnung, Wiederaufbau, und auch wir wollen dazu beitragen, wir alle wollen einmütig daran mitarbeiten.

Ministerpräsident Giesch: Was ich gestern über die Gegenrevolution gesagt habe, war völlig ernst zu nehmen. Selbstverständlich werden Sie (zur Rechten) jetzt noch nicht alle Vorbereitungen zum Bürgerkrieg treffen. Es gibt aber Kräfte unter Ihren Freunden, die nur auf den Augenblick für einen neuen Umsturz lauern. Dabei braucht es ihnen noch nicht einmal auf die Wiederherstellung der früheren Zustände z. B. der Monarchie, anzukommen. Ganz zweifellos werden aber reaktionäre Zustände angestrebt, und das nennt man Gegenrevolution. (Lebhafte Beifall links.) Es ist geschichtlich falsch, daß durch die Zusammenkunft der preussischen Regierung und der Rechten bereits vor dem 9. November alles erreicht war. Wichtig ist, daß sie aus Angst

vor dem Zusammenbruch zu weitgehenden Reformen bereit waren, aber was sie zugesprochen, kam zu spät. Der Zusammenbruch war nicht mehr aufzuhalten. Hätten sie sich nicht mit Händen und Füßen gegen noch so kleine Reformen gewehrt, dann wäre die Revolution vielleicht vermieden worden. (Lebh. Beifall links.) Ich stelle ausdrücklich fest, daß sämtliche Beamten einschließlich der politischen Beamten die politische Verantwortlichkeit für die Freigekelt ist. Die Regierung muß aber selbstverständlich den größten Nachdruck darauf legen, daß die Beamten die Maßnahmen der Regierung nicht durchkreuzen. Die Vorleserträge, die die Regierung in den Staatsdienst überträgt, müssen in ihrem Antritt ganz selbstverständlich ihre Tätigkeit für die Partei aufgeben. Wir wollen keine neue Klassenherrschaft aufzurichten, keine Diktatur des Proletariats herbeiführen, denn wir sind gute Demokraten und erstreben eine Demokratie in des Wortes wahrster Bedeutung. Das Wort 'das Vaterland über die Partei' ist für uns keine leere Redensart. (Lebh. Beifall links.)

Finanzminister Söderum: Der frühere Finanzminister und letzte Abgeordnete Fergl hat sich ausgesprochen über die Ursachen für die Gesundheit der preussischen Finanzen vor dem Kriege und dabei die Finanzgebarung der früheren Regierungen in einen gewissen Gegensatz zu der Finanzgebarung der vorläufigen Regierung gebracht. Das nötigt mich zu der Erklärung, daß ein erheblicher Teil der Lasten, mit denen wir jetzt zu kämpfen haben, durch Unterlassungen der früheren Finanzverwaltung hervorgerufen worden ist.

Es ist das Schicksal des Finanzministers, sich unpopulär zu machen. Ich habe den Mut, das auf mich zu nehmen. Die letzte eigentliche Grundursache für unsere jetzige Lage ist in der Kaufkraft noch nicht berührt worden. Ich sehe sie in der Kaufkraft, die entgegen den Woffenstillstandsbedingungen die Hungerblende nicht aufgehoben, sondern verschärft und der Summe des deutschen Volkes verewigt wurde. Es ist unerträglich, wie dieses Volk mißhandelt wird, obwohl es doch nur durch die Kriegsgeld und eben durch die Hungerblende niedergedrungen wurde. (Starke Bewegung.) Durch die Aufrechterhaltung der Hungerblende ist Deutschland aus den Unruhen nicht herausgekommen und zum Spielball verschiedener Parteien geworden. (Lebh. Beifall.)

Ueberführter Sozialismus, das ist auch die Meinung hervorragender Führer der Unabhängigen, würde mit demselben Verfahren für die Volkswirtschaft verbunden sein und für die Wirtschaft keinen Erfolg bringen. Durch planlose Sozialisierung werden wir nichts erreichen. Ich erblicke den Schlüssel der Situation in einer Rationalisierung der Produktion und Durchnationalisierung der Wirtschaft. (Lebh. Zustimmung.) In der Frage der Annullierung der Kriegsanleihen ist mir gesagt worden, daß ein Wort von mir in weiten Kreisen unseres Volkes beruhigend wirken könnte. Daher empfinde ich es als meine Pflicht, dieses Wort zu sprechen. Die erste Erklärung der Revolutionärsregierung, die aus Ebert, Södermann und Landsberg (mit erheblicher Stimme) und den Unabhängigen Hoole, Dittmann und Barth bestand, enthielt eine grundsätzliche Anerkennung des privaten Eigentums. Führer aller früheren Parteien haben auch die Garantie für die Aufrechterhaltung und Verzinsung der Kriegsanleihe ausgesprochen. Erst am 9. März erließ ein Aktionsprogramm der Unabhängigen, nach dem die Kriegsanleihe mit gewissen Einschränkungen annulliert werden sollte. Dieser Programmpunkt ist politisch und wirtschaftlich nicht zu verteidigen. Weshalb wendet sich die Mut der Unabhängigen denn nur gegen die Kriegsanleihe? Weshalb werden sie sich nicht auch gegen die anderen Staatsanleihen? Ab Verhalten entspricht lediglich aus übermäßigem Populärbedürfnis. (Lebhafte Beifall.) Der besprochene Programmpunkt der Unabhängigen mag demagogisch wirksam sein. Oekonomisch ist er unheilvoll. (Lebhafte Beifall.)

Danach verläßt sich das Haus auf Freitag, 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Besprechung über die Regierungserklärungen, Reichsgesetz u. a.

A. Kreis. Wahlverein U. S. P. D. 4. Kreis.

Sonntag, den 30. März, vormittags Punkt 1/10 Uhr in Concordia, Andreasstraße 64

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

Bericht über den Parteitag.

Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Jugend Gr. Berlin
Freitag, d. 28. d. M., 7 1/2 Uhr v. m. in der Sammlung
in Querenheim, Str. Bismarck-Str. 101
Str. Godefridenstr.

Grosse!!!
Auswahl in vornehmen Speisezimmern, gediegenen Herrenzimmern, aparte Schlafzimmer, Köchen, farbige und lackierte Möbelhaus Osten
nur 30 Andreasstr. 30.
Boten-rauen
welche in der Nähe des Magdeburger Pl. wohnen, werden verlangt. Marie Dügel, Steinmetzstraße 23.

PIANOS, FLÜGEL neu und gebraucht
Römhildt A. G., Leipzig Str. 119/120

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden
Jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete, hartnäckige Harnleiden u. Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag etc. Mannesschwäche, Ehrlich-Hata-(Salvarsan) Kuren, Blutuntersuchung, Licht- und Finnen-Behandlung. Eigenes Kur-Bad für elektrische u. medic. Bäder, Damenraum separat.
Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Meine Poliklinik für gerichtliche u. versicherungsrechtliche Medizin, Berlin NW 6, Luisenstr. 42, am Karlplatz
ist seit dem 1. März wieder eröffnet.
Für Unbemittelte kostenlose ärztliche Beratung in Stral., Zivil-, Unfall-, Mißgeschäften.
Werktags 11-12, Sonnabend 6-7 nachmittags.
Mit der Poliklinik ist ein Laboratorium für gerichtliche und klinische Untersuchungen verbunden.
Wohnungsuntersuchungen auf Feuchtigkeit, Geräusche, Erschütterungen.
Sperma, Haare, Blutuntersuchungen nach Wassermann.
Privatdozent Dr. Leopold Bürger.

Lagogran
(Name gel. gesch.)
Lagogran hat gegenüber anderen Abführmitteln den großen Vorzug der Dauerwirkung.
General-Depot und Versand
Hohenzollern-Apothek, Berlin W. 10, Königin-Augusta-Str. 50, Lützow 133.
So beziehen durch alle Apotheken.

PIANOS
Adam, Münzstr. 16
große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie neuer Pianos, Panzerplatte, weiche Flügel, Kupferbespannung 1800 Mark.
Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.

Botenfrauen
werden noch in nachstehenden Expeditionen eingestellt:
Berlin:
Wien, Hammerstraße 80.
Reich, Weichstraße 60.
Gentel, Ludowikstr. 18.
Godefrid, Weichstraße 2.
Gentel, Voltmannstraße 14.
Wierländer, Weichstraße 60.
Döring, Godefridenstraße 20.
Berger, Bismarckstraße 74.
Wentz, Godefridenstr. 1.
Godefridenstraße 10.

Charlottenburg:
Grenz, Wallstr. 60.
Niederschönweide:
Godefridenstr. 60.
Steglitz:
Haud, Weichstr. 6.
Wilmerdorf:
Grenz, Godefridenstr. 60.
Spandau:
Godefridenstr. 60.

Plas will zur Kaufmanns-Linie?
gratis die hochinteressanten Druckschriften über den Weg der Lebensmittel, Hebung der Wohnungsnot usw. gratis postalisch Deutscher Käufer-Bund, Berlin SW 61.
Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden
Spezial-Arzt für Geschlechtsleiden, Haut- und Harnleiden, Mannesschwäche, Gonorrhoe, Syphilis, Blasenentzündung, Prostata-Entzündung, Harnstein, etc.
Dr. Löser senior, Nur Rosenthaler Straße 69-70 am Rosenthaler Platz.
Laboratorium, Hell-Anstalt für elektr. u. med. Bäder.
Telefon 9-1 4-9, Sonnt. 9-1. Spezial-Diagnostik.